



MERKBLATT ZU ABBRUCHVORHABEN

(3 Seiten, Ziffern 1 – 21 / Stand: 2021)

Gewerbeaufsicht / Arbeitsschutz:

1. Der Bauherr sowie das Abbruchunternehmen sind verpflichtet, evtl. bestehende Gefahrstoffe vor Beginn der Rückbaumaßnahme zu ermitteln.
Vor dem Abbruch ist durch Auswertung vorhandener Unterlagen und anhand einer Begehung festzustellen, ob mit einer Schadstoffbelastung des dabei anfallenden Bauschutts gerechnet werden muss. Hier sind insbesondere die verwendeten Baumaterialien, vorhandene Problemstoffe sowie die Nutzung bzw. frühere Nutzungen des Bauwerkes zu berücksichtigen. Im Anschluss daran ist zu entscheiden, ob analytische Untersuchungen erforderlich sind. Der Umfang richtet sich nach den Ergebnissen der Vorerkundung.
2. Vor Beginn der Abbrucharbeiten ist durch einen Fachkundigen eine Gefährdungsbeurteilung zu erstellen.
3. Bei der Ausführung des Bauvorhabens sind die Baustellenverordnung und die allgemeinen Grundsätze nach § 4 des Arbeitsschutzgesetzes (Maßnahmen des Arbeitsschutzes) zu beachten.
4. Werden die Abbrucharbeiten nicht durch den Bauherrn selbst durchgeführt, ist vor Beginn der Abbrucharbeiten eine schriftliche Abbrucharweisung aufzustellen und den jeweiligen Aufsichtsführenden auszuhändigen. In der Abbrucharweisung sind alle sicherheitstechnischen Angaben, insbesondere der Ablauf der Arbeiten, festzulegen.
5. Vor Beginn der Arbeiten in kontaminierten Bereichen ist das Arbeitsverfahren i.S. der TRGS 524 "Sanierung und Arbeiten in kontaminierten Bereichen" festzulegen. Hierin eingeschlossen ist ein Arbeits- und Sicherheitsplan, welcher alle erforderlichen Maßnahmen zur Sicherheit und zum Gesundheitsschutz der Beschäftigten bei Arbeiten in kontaminierten Bereichen enthalten muss.
6. Beim Umgang mit Asbest und asbesthaltigen Gefahrstoffen (z. B. Wellasbestzementplatten) bei Abbruch-, Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten und bei der Abfallentsorgung sind die Technischen Regeln für Gefahrstoffe - TRGS 519/Asbest - zu beachten und die dort genannten Schutzmaßnahmen zu treffen.
Der Fachdienst für Abfallrecht und Gewerbeaufsicht beim Landratsamt ist mindestens 7 Tage vor Beginn der Arbeiten in Form einer "Anzeige" schriftlich zu informieren.
7. Beim Umgang mit Baustoffen aus künstlichen Mineralfasern (z. B. Entfernen von Rohrisolierungen und Wärmedämmung an Dächern und Fassaden) sind die Technischen Regeln für Gefahrstoffe TRGS 521 (Abbruch-, Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten mit alter Mineralwolle) zu beachten und die dort genannten Schutzmaßnahmen zu treffen. Bei Mineralwolle, die vor 1996 eingebaut wurde, ist davon auszugehen, dass es sich um alte Mineralwolle im Sinne der TRGS 521 handelt.
Für Tätigkeiten mit neuer Mineralwolle gelten die Bestimmungen der Nrn. 4 und 5 der TRGS 500 (Schutzmaßnahmen).
8. Staubendes Abbruchmaterial darf nicht aus großer Höhe abgeworfen oder abgekippt werden. Soweit erforderlich, sind gekapselte Rutschen oder Abwurfrohre zu verwenden. Im Übrigen ist auftretender Staub durch Besprühen mit Wasser zu binden.
9. Das Abbruchverfahren und der Maschineneinsatz sind so zu koordinieren, dass die lärmschutzrechtlichen Vorgaben/Vorschriften eingehalten werden.
10. Die Reichhöhe von Abbruchgeräten muss mindestens gleich der Höhe des abzubrechenden Bauwerkes oder Bauteils sein.

Abfall / Altlasten:

11. Anfallende Abbruchmaterialien sind einer ordnungsgemäßen Entsorgung zuzuführen.
12. Rechtzeitig vor Beginn des Abbruchs ist im Rahmen einer Abbruchplanung zu prüfen, ob und in welchem Umfang die abzubrechenden Bauteile Schadstoffbelastungen (z.B. Asbest, PCB, PAK, Dämmmaterialien wie Glasfaserwolle vor 1996, Mineralöle, usw.) aufweisen. Diese müssen vor dem eigentlichen Abbruch von einer hierfür geeigneten Fachfirma entfernt und von den übrigen Baumaterialien getrennt (i.d.R. als gefährlicher Abfall/Sonderabfall) entsorgt werden.
Auf den Leitfaden "Abbruchplanung – Eine Handlungshilfe für Bauherrn" der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW) wird in diesem Zusammenhang hingewiesen (www.lubw.baden-wuerttemberg.de -> Publikationen -> Altlasten).
13. Ergeben sich bei den Abbruch- oder Aushubarbeiten Hinweise auf belastete Substanzen, so ist das Landratsamt – Abfallrechtsbehörde (Abfallrecht@Hohenlohekreis.de)- unverzüglich zu informieren.
14. Abfälle sind grundsätzlich auf der Baustelle zu trennen und getrennt zu halten, soweit dies zu deren Verwertung oder Beseitigung erforderlich und wirtschaftlich zumutbar ist. Die Vorgaben der Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) sind zu beachten.
Die Getrennthaltungspflicht des § 8 Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) gilt für folgende Abfallarten: Glas, Kunststoffe, Metalle, Holz, Dämmmaterial, Bitumengemische, Baustoffe auf Gipsbasis, Beton, Ziegel, Fliesen und Keramik. Darüber hinaus enthält die GewAbfV verschiedene Dokumentationspflichten. Zu dokumentieren sind
 - die Art der Abfalltrennung auf der Baustelle;
 - bei Abweichungen die Gründe dafür, warum eine Getrennthaltung, Vorbehandlung oder Aufbereitung der Abfälle nicht möglich ist;
 - eine Erklärung desjenigen, der die Abfälle zur Wiederverwertung oder zum Recycling übernimmt, aus der Name und Anschrift, Masse und der beabsichtigte Verbleib der Abfälle hervorgehen.
 Die Dokumentationspflicht entfällt nur, wenn das Volumen der insgesamt anfallenden Abfallarten 10 m³ nicht überschreitet.
15. Abbrucharbeiten sind - insbesondere bei belasteter Bausubstanz, wie z.B. asbesthaltigen Materialien und anderen Gefahrstoffen - von einer geeigneten Fachfirma durchzuführen.
16. Gefährliche Abfälle zur Beseitigung sind der Sonderabfallagentur Baden-Württemberg anzudienen. Die jeweils erforderlichen Entsorgungsnachweise für gefährliche Abfälle (Sonderabfälle) sind im Sinne des § 50 KrWG i.V.m. der Nachweisverordnung vom Abbruchunternehmer oder Abfallerzeuger vor Beginn der Entsorgungsmaßnahmen zu erstellen.
17. Für den gewerblichen Transport von gefährlichen Abfällen ist eine Beförderungserlaubnis nach § 54 KrWG erforderlich. Sofern lediglich nicht gefährliche Abfälle transportiert werden, ist eine Anzeige nach § 53 KrWG vorgeschrieben. Bei Fragen zu Ausnahmen von der Anzeige- und Erlaubnispflicht wenden Sie sich bitte an die Abfallrechtsbehörde (Tel.: 07940/18-566)
18. Bei der Beurteilung, Einstufung und Entsorgung von Abbruchholz ist die „Verordnung über Anforderungen an die Verwertung und Beseitigung von Altholz (Altholzverordnung – AltholzV) vom 15.08.2002“ heranzuziehen. Die Art der Verwertung von Abbruchholz, die Zuordnung zur jeweiligen Abfallschlüssel-Nummer und der Nachweis der ordnungsgemäßen Verwertung/ Beseitigung richtet sich nach der Einstufung in die Altholzkategorien A I bis A IV oder als PCB-Altholz
19. Sofern anfallender Bauschutt als Recycling-Material verwertet werden soll, ist dieses zu beproben und anhand von Analysen in die jeweilige Belastungsklasse einzustufen. Der Erlass "Vorläufige Hinweise zum Einsatz von Baustoffrecyclingmaterial" des Ministeriums für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg (UVM) vom 13.04.2004 ist anzuwenden. Die Analyse und die Einstufung des Materials hat nach Kapitel 9 Tabelle 1 des obigen Erlasses zu erfolgen. Auf eine haufwerkbezogene Beprobung ist zu achten. Der oben aufgeführte Erlass kann unter www.qrb-bw.de eingesehen werden.

In Wasserschutzgebieten werden aus Gründen des Grundwasserschutzes und dem Schutz der Wasserversorgung erhöhte Anforderungen an den Einsatz von Baustoffrecyclingmaterial gestellt. Vor dem Einbau von Baustoffrecyclingmaterial der Zuordnungswerte Z 1.2 oder größer in Wasserschutzgebieten hat eine Abstimmung mit dem Landratsamt Hohenlohekreis – Fachdienst Wasserwirtschaft und Bodenschutz - zu erfolgen.

20. Der Abbruch-/Bauunternehmer ist über die Nebenbestimmungen der Gewerbeaufsicht/Arbeitsschutz sowie über die abfall- und bodenschutzrechtlichen Vorgaben zu unterrichten. Das Abbruchunternehmen ist dem Landratsamt – Abfallrechtsbehörde (Abfallrecht@Hohenlohekreis.de) - rechtzeitig vor Beginn der Abbrucharbeiten mitzuteilen.

Bodenschutz

21. Soll für ein zulassungspflichtiges oder zulassungsfreies Vorhaben auf einer nicht versiegelten, nicht baulich veränderten oder unbebauten Fläche von mehr als 0,5 Hektar auf den Boden eingewirkt werden, so hat der Vorhabenträger ein Bodenschutzkonzept zu erstellen. Bedarf das Vorhaben einer behördlichen Zulassung (z.B. Baugenehmigung), ist das Bodenschutzkonzept bei der Antragstellung vorzulegen. Bei zulassungsfreien Vorhaben ist das Bodenschutzkonzept sechs Wochen vor dem Beginn der Ausführung des Vorhabens der zuständigen Bodenschutz- und Altlastenbehörde vorzulegen (§ 2 Abs. 3 LBodSchAG).